

ReSourceEU: Wo die EU-Planung zu kritischen Rohstoffen steht

Von Nicolas Heronymus

Chinas Exportbeschränkungen für seltene Erden erhöhen den Handlungsdruck für die EU-Kommission. Schon seit einigen Jahren befasst sie sich mit der Abhängigkeit bei wichtigen Rohstoffen, kommt aber nur langsam voran.

„ReSourceEU“ heißt die neue Initiative, die Ursula von der Leyen am Samstag bei der Konferenz Berlin Global Dialogue ankündigte. Die EU-Kommissionspräsidentin reagierte damit auf die weitreichenden Exportbeschränkungen für seltene Erden, [die China kürzlich eingeführt hat](#). Die Europäische Union ist bei seltenen Erden, die in vielen Cleantech-Produkten verbaut werden, massiv von Lieferungen aus dem asiatischen Staat abhängig. Jetzt nutzt China sein beinahe vollständiges Monopol – Firmen in dem Land verarbeiten 90 Prozent der global erhältlichen seltenen Erden – und erhöht damit massiv den Handlungsdruck auf von der Leyen.

Neu ist an „ReSourceEU“ bislang aber nur der Name. Er spielt auf die Initiative RePowerEU an, welche die Kommission in Reaktion auf die stark steigenden Öl- und Gaspreise 2022 begonnen hat. Von der Leyen kündigte nun an, dass die EU-Mitgliedstaaten künftig unter dieser Bezeichnung zusammenarbeiten sollen, um die strukturelle Abhängigkeit von China zu reduzieren. Daneben verriet sie aber kaum mehr, als bisher schon über die EU-Pläne zu seltenen Erden bekannt ist.

Die Maßnahmen, auf die von der Leyen verwies, [nennt](#) schon der im Frühsommer 2024 in Kraft getretene [Critical Raw Materials Act \(CRMA\)](#). Die Verordnung behandelt neben seltenen Erden auch andere Rohstoffe, bei denen die EU zu große Abhängigkeiten von Drittstaaten sieht. Der Aufbau von Recyclingkapazitäten gehört zu den Maßnahmen, die Abhilfe schaffen sollen. Auch eine gemeinsame Beschaffung und Lagerhaltung für diese Rohstoffe ist vorgesehen.

Insbesondere mit Zielvorgaben soll der CRMA die Herstellung, Verarbeitung und das Recycling von kritischen Rohstoffen ankurbeln. Er gibt vor, dass bis 2030 in Bezug auf den jährlichen Verbrauch zehn Prozent aus eigener Gewinnung und 40 Prozent aus eigener Verarbeitung stammen sollen. 25 Prozent soll Recycling decken. Darüber hinaus fordert das Regelwerk, dass die Abhängigkeit der EU von einem einzigen Land nicht mehr als 65 Prozent betragen darf. Bei seltenen Erden aus China sind es derzeit jedoch um die 90 Prozent.

Unterstützen will die EU-Kommission die heimische Rohstoffversorgung durch die Wahl von [strategischen Projekten](#). Spezielle finanzielle Förderung bekommen die

ausgewählten Projekte durch den Status aber nicht. Vorgesehen sind vor allem schnellere Genehmigungsverfahren – über die die EU jedoch nicht direkt bestimmt. Fraglich ist daher, ob die bisher angeschobenen Maßnahmen noch nicht greifen, oder vielleicht nicht ausreichen.

„Die Europäische Union hat den Rahmen gesetzt, investieren müssen jetzt die Unternehmen“, sagt Antje Wittenberg, Expertin bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, im Gespräch mit *Table.Briefings*. Dabei gäbe es allerdings in Europa – wie auch in Deutschland – große Hürden. Zum einen „fehlt vielen Unternehmen, die etwa Aufbereitungsanlagen bauen könnten, eine verlässliche wirtschaftliche Perspektive für die notwendigen Investitionen“, so Wittenberg. Zum anderen sei die Risikobereitschaft von privaten Investoren in Europa niedriger als etwa in Kanada oder Australien. Außerdem gebe es in der Bevölkerung häufig Widerstand gegen die Realisierung solcher Projekte in ihrer Nachbarschaft – woran viele Vorhaben letztlich scheiterten.

Einen Mangel an Koordination hatte bereits der Draghi-Bericht kritisiert. In dem [Wettbewerbsbericht](#) schlug der ehemalige EZB-Chef Mario Draghi im Herbst vergangenen Jahres vor, dass die EU sich am Vorbild Japans orientiert. Das Land habe wichtige Schritte unternommen, um seine Rohstoffabhängigkeit zu reduzieren. Nötig sei etwa ein Zentrum für kritische Rohstoffe, das einen gemeinsamen Einkauf organisiert. Dies griff die Kommission im [Clean Industrial Deal](#) Anfang des Jahres auf.

Doch in Japan ist der Staat viel aktiver als die EU es sich vorgenommen hat. Die staatliche Behörde Japan Organization for Metals and Energy Security (JOGMEC) investiert dem Draghi-Bericht zufolge „weltweit in Bergbau- und Raffinerieanlagen“ und „verwaltet strategische Vorräte“. Sie ist inzwischen auch berechtigt, „Verarbeitungs- und Raffinerieanlagen in Japan zu entwickeln“. Das im Clean Industrial Deal vorgesehene „Critical Raw Material Centre“ soll hingegen nur gemeinschaftliche Einkäufe von „interessierten Unternehmen“ koordinieren, um Skaleneffekte zu erreichen und bessere Preise und Konditionen zu verhandeln.

Die Empfehlung im Draghi-Bericht war weitergehend. Europa verfolge bislang „keinen ähnlich koordinierten Ansatz“ wie Japan – obwohl die EU bei kritischen Rohstoffen so abhängig sei wie das ostasiatische Land. Der EU fehle „eine umfassende Strategie, die alle Stufen der Lieferkette (von der Exploration bis zum Recycling) abdeckt“. Der Rohstoffhandel werde weitgehend dem Markt überlassen. Japan hingegen hat mit seiner stärker durch den Staat gelenkten Strategie die Abhängigkeiten von China deutlich reduzieren können.

Auch [Rohstoffpartnerschaften](#) könnten der EU helfen, die Versorgung zu diversifizieren. Der CRMA sieht das Instrument bereits vor. Von der Leyen führte die Partnerschaften in ihrer Rede am Samstag erneut an. Die Kommission sei mit der

Ukraine, Australien, Kanada, Kasachstan, Usbekistan, Chile und Grönland in Gesprächen. Bisher blieben bei den Partnerschaften aber „tragfähige Industrieprojekte in Bergbau, Verarbeitung oder nachgelagerten Wertschöpfungsketten“ die Ausnahme, schrieben Forscherinnen der Stiftung Wissenschaft und Politik [kürzlich im ESG.Table](#).

Die USA sind schneller als die EU. Am Dienstag unterzeichnete US-Präsident Donald Trump in Japan ein Abkommen zur gegenseitigen Sicherung der Versorgung mit seltenen Erden. Investitionen wollen die beiden Länder koordinieren und auch ergänzende Vereinbarungen zur Lagerhaltung in Betracht ziehen.

Die EU lässt sich hingegen Zeit. Zentral für die Stärkung des europäischen Recyclings kritischer Rohstoffe, wie vom CRMA vorgesehen, soll etwa der Circular Economy Act sein. Die EU-Kommission plant die Vorstellung der Kreislaufwirtschafts-Verordnung für das dritte Quartal 2026, anschließend folgt der eigentliche Gesetzgebungsprozess in Parlament und Rat. Details zum ReSourceEU-Plan will die EU-Kommission demnächst vorstellen.